

## Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende



Mit dem Gesetzentwurf wird die Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende an die verfassungsrechtlichen Vorgaben angepasst und zukunftssicher gestaltet.

- Die Betreuung aus einer Hand bleibt erhalten und wird weiterentwickelt.
- Die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik vor Ort wird gestärkt.
- Die Beschäftigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten eine gesicherte Perspektive.
- Die Abstimmung und Steuerung der Arbeitsmarktpolitik von Bund, Ländern und Kommunen wird verbessert.

Der Grundstein für eine verbesserte, zukunftsfeste und erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist damit gelegt. Von zentraler Bedeutung ist, dass die Lösung von einem breiten politischen Konsens getragen wird. Der Gesetzentwurf folgt unmittelbar den Vorschlägen, die eine Arbeitsgruppe beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus Vertretern des Bundes, der Regierungsfractionen, der SPD-Fraktion und der Länder vorgelegt hat.

Zentrale Elemente des Gesetzentwurfs sind:

- Die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen arbeiten im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen und erbringen ihre Leistungen aus einer Hand.
- Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert. Zusätzlich können nach einem geregelten Verfahren und nach festgelegten Kriterien weitere Optionskommunen zugelassen werden.
- Mindestens drei Viertel aller Grundsicherungsstellen werden Jobcenter sein, höchstens ein Viertel werden Optionskommunen, d. h. es kann insgesamt bis zu 110 Optionskommunen geben.
- Weiteres zentrales Element der Neuorganisation ist die Verbesserung der horizontalen und vertikalen Kooperation:
  - Verantwortlichkeiten und Aufsichtsbeziehungen werden klar geregelt.
  - Gremien auf lokaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene gewährleisten eine verzahnte und effektive Betreuung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.

Foto: Bundesagentur für Arbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



diese Woche hat für mich Sonntagnachmittag in Düsseldorf begonnen. Beim Treffen der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Verkehrsminister der CDU-geführten Bundesländer und der verkehrspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen zum

Thema Verkehr habe ich zur Haushaltsentwicklung in diesem Bereich berichtet.

Das wichtigste Thema dieser Bundestagswoche ist die Hilfe für Griechenland, mit der die Stabilität des Euros sichergestellt wird. Hierzu gibt es keine wirkliche verantwortbare Alternative. Der Euro konnte in den ersten Jahren mehr bereits Stabilität entwickeln, als die DM in einem vergleichbaren Zeitraum schon erreicht hatte. Durch monatliche Exporte von ca. 75 Milliarden Euro profitiert die Bundesrepublik außenwirtschaftlich ganz erheblich von der Stabilität des Euros, ebenso die Sparer. Die aktuellen, heftigen Proteste in Griechenland zeigen, dass das jetzt vereinbarte Maßnahmenpaket als griechischer Eigenbeitrag bei einer schnelleren Kreditzusage womöglich nicht erreicht worden wäre. Mit Finanzhilfen des IVF werden die bilateralen Kredite zu einem Hilfspaket gebündelt.

Gegen unsere massiven Bedenken hat die Regierung Schröder im Jahr 2000 Griechenland in die EU und später in die Eurozone geführt. Ebenso trägt die Regierung Schröder für die Zulassung der Hedgefonds die Verantwortung. Die nun zu hörende entsprechende Kritik von Seiten der SPD sowie deren Enthaltung im Deutschen Bundestag bei der Verabschiedung des Gesetzes ist nichts anderes als eine heuchlerische wahlkampforientierte Aktion. Wer sich in einer solch bedeutenden Entscheidung enthält, ist nicht regierungsfähig.

Diese und weitere Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Treffen mit Vertretern der CDU-geführten Bundesländer zum Thema Verkehr (B-Länder)
- Diskussionsveranstaltung mit deutschen Verkehrsflugha-fengesellschaften
- Mitgliederversammlung des deutschen Verkehrsforums
- Fraktionssondersitzungen zur Stabilität des Euro
- Gespräch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Schienenpersonennahverkehr
- Treffen des Deutschen Verkehrssicherheitsrates

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters

Ihr

Reinhold Sendker MdB

## Gewalt am 1. Mai bleibt besorgniserregend

Extremismus von Links und Rechts bleibt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit unseres Landes



*Anlässlich 113 verletzter Polizeibeamter am 1. Mai in Berlin und Hamburg erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Günter Krings MdB:*

Die Krawalle zum 1. Mai in Berlin und Hamburg bestärken die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrer Forderung nach einem verbesserten strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten. Zwar konnte die Polizei die diesjährigen Gewaltausbrüche stärker eindämmen als in den vergangenen Jahren, weil gerade in Berlin die Polizeikräfte vor Ort endlich mehr Handlungsfreiheit hatten. Allerdings ist auch die Zahl der Verletzten in diesem Jahr besorgniserregend. Dass Gewaltchaoten unter anderem auch Rettungssanitäter mit Steinen bewerfen, die einem verletzten Polizisten helfen wollten, zeigt die brutale und rücksichtslose Einstellung der Täter.

Spätestens nach diesem Maiwochenende kann als bewiesen gelten: Der Staat heizt die Gewalt nur zusätzlich an, wenn er zu lasch reagiert. Genauso klar ist aber auch: Der Extremismus von Links und Rechts bleibt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit unseres Landes.

Peinlich und unwürdig ist die rechtswidrige und strafbare Aktion des Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse. Er hat sein Amt missbraucht und versucht, der Sitzblockade eine besondere demokratische Weihe zu geben.

## Warum überhaupt Hilfen für Griechenland?

Die Stabilität der gemeinsamen Währung Euro ist im ureigensten Interesse Deutschlands. Von der Stabilität des Euro hat insbesondere Deutschland als Exportnation profitiert. Dies hatte und hat positive Effekte auf unsere Beschäftigungs- und Wachstumssituation. Die Union muss sich wie bei der Einführung des Euro versprechen für die Stabilität des Euro einsetzen.

Griechenland befindet sich in einer besonderen finanziellen Krise. Diese ist sicherlich zum einen im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise entstanden, hat aber zum anderen auch nationale Ursachen. Diese Ursachen beruhen letztlich in einer unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands. Die Verantwortung Griechenlands für die eigene Situation ist nicht völlig losgelöst zu sehen von den damit verbundenen Wirkungen im Euroraum und auf die deutsche Wirtschaft. Aufgrund der engen wirtschaftspolitischen Verbindungen innerhalb des Euroraums hätte ein möglicher Staatsbankrott Griechenlands erhebliche negative Auswirkungen auf den Finanzplatz Deutschland und auf die deutsche Wirtschaft. Diese negativen Auswirkungen wären für die deutsche Volkswirtschaft und den Bundeshaushalt mit erheblich höheren Kosten verbunden als eine mögliche direkte Hilfe Griechenlands zum jetzigen Zeitpunkt.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2010  
6. Mai 2010

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421  
Email: [fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck

**Internet:**  
[www.cdu-landesgruppe-nrw.de](http://www.cdu-landesgruppe-nrw.de)